



Änderungsantrag	Vorlagen-Nr.:	VO/2328/2024
	Status:	öffentlich
	Datum:	19.12.2024
Antragsteller*in:	Ausländerbeirat	

Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Die Linke betr.: Keine Diskriminierung von Geflüchteten – sogenannte Bezahlkarte in Marburg nicht einführen VO/2328/2024

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg möge beschließen, dass bei der Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber*innen sowohl die uneingeschränkte Bargeldabhebung als auch die flächendeckende Nutzung der Bezahlkarte gewährleistet wird, um deren finanzielle Selbstbestimmung und Integration sicherzustellen.

Begründung:

Am 26. April 2024 hat der Bundesrat einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zugestimmt, wonach Asylbewerber*innen Leistungen künftig über eine Bezahlkarte statt in bar erhalten sollen. Ziel dieser Karte ist es, Missbrauch zu verhindern, Verwaltungsaufwand zu reduzieren und den Einsatz der Mittel auf das Inland zu beschränken. Die genaue Ausgestaltung liegt jedoch im Ermessen der Bundesländer und Kommunen.

Der Ausländerbeirat Marburg kritisiert die Einschränkung der Bargeldverfügbarkeit als diskriminierend, weil sie die finanzielle Autonomie von Geflüchteten und deren Integration behindert. Die Einschränkung der Bargeldverfügbarkeit erschwert alltägliche Abläufe, wie Einkäufe in lokalen Geschäften und an öffentlichen Märkten, die Teilnahme an Veranstaltungen oder das Mitgeben von Bargeld für Kinder. Die jetzige vorgesehene Regelung verhindert die Teilhabe der Geflüchteten am sozialen Leben in der Kommune.